

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 36 (1956-1957)
Heft: 3

Artikel: Konjunkturpolitik
Autor: Erhard, Ludwig
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-160545>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 31.03.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

wirtschaft im Auge hatte. Das ist in erster Linie der Grund, weshalb seine Tätigkeit auch dort, wo sie vorzugsweise defensiver Art sein mußte, positiv gewürdigt wird. Seine Wirksamkeit erschien weniger als eigensüchtiges Beharren auf hergebrachten Verhältnissen, sondern vielmehr stets als ein Einstehen für ein Wirtschaftssystem, das an Produktivität andere weit übertrifft und das daher im Interesse aller liegt.

Immer wieder wies Dr. Steinmann darauf hin, daß die Arbeitgeberverbände ihre ebenso wichtige wie schwierige Aufgabe nur erfüllen können, wenn ihre Organe vom Ernste dieser Aufgabe durchdrungen und die Großzahl der Arbeitgeber der Bedeutung ihrer Stellung und Funktion und der damit verknüpften Verantwortung bewußt bleiben.

Endlich liegt der Schlüssel zu den beruflichen und persönlichen Erfolgen Dr. Steinmanns auch darin, daß er die sachliche Betrachtungsweise immer über alles stellte und mit seiner eigenen Person bescheiden im Hintergrund zu bleiben versuchte. Diese liebenswürdige Zurückhaltung ist auch heute noch ein Zug seines Wesens. Mit seiner Familie und seinen Freunden dürfen sich weite Kreise darüber freuen, daß er die Früchte seines Wirkens reifen sah. Mit dieser nachträglichen Gratulation seien ihm die herzlichsten Wünsche zum Eintreten ins neunte Dezennium entboten, auf daß es ein frohes und glückliches werden möge.

KONJUNKTURPOLITIK

VON BUNDESWIRTSCHAFTSMINISTER LUDWIG ERHARD ¹⁾

«Konjunktoren» hat es schon immer gegeben, und es wäre kaum der Mühe wert, sich darüber im besonderen auszulassen, wenn wir nicht alle das Gefühl hätten, daß *diese* Konjunktur, auch unter dem Aspekt der Weltpolitik, ihre besonderen Ausprägungen zeigt, oder uns mindestens erkennbar werden läßt, daß von der Art und Weise, wie wir dieser Konjunktur, bzw. bereits Überkonjunktur Herr werden, zugleich auch die Entscheidung über unsere gesellschaftswirtschaftliche Ordnung abhängen wird. Vielleicht greift diese Aussage etwas weit, wenn ich das mit solcher Deutlichkeit ausspreche. Und doch

¹⁾ Vortrag, gehalten am 20. März 1956 in der Aula der Universität Zürich vor dem Schweizerischen Institut für Auslandforschung, Abteilung für Volkswirtschaftliche Studien.

will mir scheinen, daß wir in einer kritischen Situation leben, in der wir, das heißt die freie Welt, es uns einfach nicht leisten können, wieder in jenen alten, als Automatismus angenommenen Konjunkturzyklus hineinzugeraten und uns damit zufrieden zu geben, daß nach den Erfahrungen von über acht Jahrzehnten auf jede Konjunktur mit Sicherheit ein Abschwung, eine Depression, eine Krise folgen müßte, aus der sich wieder die heilenden Kräfte zu neuer Belebung entzünden.

Es kommt hinzu, daß uns in der Zwischenzeit neue volkswirtschaftliche Theorien und Ideologien etwas an der Richtigkeit der alten liberalistischen Lehre haben irre werden lassen, obwohl ja offenkundig ist, daß das, was wir heute als liberale Idee begreifen und verwirklicht sehen möchten, nichts mehr zu tun hat mit den Vorstellungen der Manchesterleute. Für uns ist der Staat nicht mehr der Nachwächter; vielmehr ist es in einer modernen freien Wirtschaftsgesellschaft dem Staate aufgegeben, durch die Anwendung seiner Mittel, das heißt des ganzen Instrumentariums der Wirtschaftspolitik im weitesten Sinne (also Geld-, Kredit- und Währungspolitik, der Handels- und Zollpolitik, der Arbeits- und Kapitalmarktpolitik), in der richtigen Dosierung dafür zu sorgen, daß bestimmte vorgestellte Ziele auch verwirklicht werden können. Unsere heutige Wirtschaftsordnung ist — auch unter rein ökonomischem Aspekt — nicht wertefrei, aber natürlich sind die Methoden wertefrei. Gewisse Methoden, wie z. B. Zwangsmaßnahmen, lassen sich eben nicht verquicken mit bestimmten Wertvorstellungen, die etwa die Freiheit obenanstellen. Wenn wir heute daran gehen, die Hochkonjunktur stabilisieren zu wollen, dann wissen wir uns frei von jenen geistigen Verirrungen, die etwa an dem Begriff der «Vollbeschäftigung» oder des «billigen Geldes» und was da sonst im Schwange sein mag, hängen. Wenn die Aufgabe lauten würde, die Vollbeschäftigung zu erhalten, etwa auch um den Preis einer fortschleichenden und immer mehr um sich greifenden Inflation, dann würde das keine besondere Problematik schaffen — trotz aller Tragik, die sich damit in unserem gesellschaftlichen und politischen Sein naturnotwendig verbinden müßte.

Es kann also nicht unser Beginnen sein, an falsche Ideologien anzuknüpfen, d. h. eine Hochkonjunktur mit dem gesellschaftlichen und sozialen Chaos, mit dem Niedergang der Leistungsfähigkeit, mit der Zerrüttung der weltwirtschaftlichen Beziehungen erkaufen zu wollen. Das Problem stellt sich vielmehr so: Ist es notwendig und möglich, eine Hochkonjunktur zu erhalten, d. h. diese spezifische Phase gewissermaßen als die Normallage zu stabilisieren und gleichzeitig dafür Sorge zu tragen, daß sich die natürlichen und organischen Wachstumskräfte weiter fortentwickeln können. Vor diese

Aufgabe sind wir gestellt, und ich glaube, daß wir — so unterschiedlich die Dinge auch von Land zu Land in den Nüancierungen und Gewichten oder in den Phänomenen sein mögen — im Grunde genommen doch alle vor einer gleichen Aufgabe stehen. Ja, ich möchte, wie ich schon eingangs sagte, fast meinen, daß das die Bewährungsprobe einer freien gesellschaftlichen Ordnung überhaupt sein wird.

Es ist eine merkwürdige Erscheinung (ich spreche hier von Deutschland, weil ich die Dinge in anderen Ländern weder zu beurteilen noch zu werten habe), daß in dem gleichen Maße, in dem der Wohlstand um sich greift und wächst, in dem für alle die soziale Sicherheit zunimmt, die Menschen eigentlich immer unruhiger werden und sich nicht zufrieden geben wollen mit dem, was sie in so überraschend kurzer Zeit wieder errungen haben. Umgekehrt macht sich eine gewisse Unsicherheit bemerkbar, und ich glaube, wir würden es uns zu leicht machen, wenn wir das alles nur als eine geistige Entartung oder Verirrung abtun wollten. Es ist uns wohl eher aufgegeben, zu fragen: Woher kommt eigentlich dieser merkwürdige Zustand, daß im gleichen Maß, in dem — wie schon gesagt — der allgemeine Lebensstandard wächst und immer breitere Schichten und Gruppen zu gehobenem Lebensstandard gelangen können, gleichwohl die Unzufriedenheit, die Unruhe und die Kritik immer lauter werden? Es ist ja interessant genug, daß die Soziale Marktwirtschaft, d. h. die Wirtschaftspolitik, die ich in Deutschland eingeleitet habe, heute nicht mehr deshalb angegriffen wird, weil sie etwa dem einzelnen zu wenig bringe. Es gibt z. B. in Deutschland keine Arbeitslosigkeit mehr; nein, wir leiden Not an Arbeitskräften, und die Konjunktur ist fast am Überschäumen oder doch dabei, solche Züge anzunehmen.

Die Kritik richtet sich also nicht mehr eigentlich gegen die Wirtschaftspolitik; sie kommt aus einer ganz andern Ecke und hat zum Inhalt, daß der wachsende Wohlstand die Menschen dem Materialismus hat anheimfallen lassen. Der Wirtschaftsminister ist also schuld daran, daß jetzt, auf der hohen Woge einer ausgesprochenen Überkonjunktur, die Menschen auf einmal das Maß verlieren, daß Begehrlichkeit, Neid und Mißgunst immer mehr um sich greifen. Die Menschen sind nicht mit dem zufrieden, was sie selbst aus eigener Kraft erringen können, sondern sie schielen nach links und rechts, ob nicht ein anderer noch mehr gewonnen habe. Diese innere Unwahrhaftigkeit wird schließlich zu einer sozialen Gefahr und zu einem Sprengmittel der gesellschaftlichen Ordnung überhaupt.

Es ist selbstverständlich, daß ich mich gegen einen solchen Vorwurf verteidige, und ich glaube, ich tue es mit gutem Recht, denn die Aufgabe der Wirtschaftspolitik kann eben nicht zugleich alle Bereiche des menschlichen Seins im Geistigen, Seelischen und Sitt-

lichen erfassen. Primär ist es die Aufgabe der Wirtschaftspolitik, die materiellen Kräfte, d. h. die Produktivkräfte eines Landes, soweit zu stärken oder zu kombinieren, daß für eine Vielzahl von Menschen — ja ich will sagen für das ganze Volk — eine sichere Existenzgrundlage geschaffen und ein wachsender Wohlstand ermöglicht wird. Und trotzdem sage ich als Wirtschaftsminister, daß, wenn es auch immer der *Zweck* der Wirtschaft ist, den Wohlstand zu mehren und den Lebensstandard des Volkes zu verbessern, das doch sicher nicht der letzte und ganze *Sinn* unseres Tuns sein kann. Es muß hier zweifellos noch etwas hinzukommen, etwas, was bestimmt nicht konstruierbar ist, vielmehr etwas, was uns nachdenklich und besinnlich werden lassen muß. Es ist wohl die Aufgabe, uns an die Sehnsucht heranzuspüren, welche die einzelnen Menschen als Individuen oder auch als Gruppen empfinden, um in einem höheren Maße auf einer höheren Ebene etwas von Glück und Zufriedenheit empfinden zu können.

Ich bin, bis zum Beweis des Gegenteils, der Meinung, daß ein höherer Wohlstand und eine bessere Lebenshaltung den Menschen eigentlich vom Materialismus befreien müßten, weil ich überzeugt bin, daß nur diejenigen Menschen in solcher Geisteshaltung gefangen bleiben, die allzu sehr mit den Kümernissen des Alltags zu rechnen haben und sich gar nicht aus den Niederungen des täglichen Ärgers und der kleinen Sorgen seelisch befreien können. Es war meine Überzeugung, daß, wenn wir den Menschen solcherart befreien, er sich dann vom Materiellen immer besser wird lösen können und dann auch aufgeschlossener sein wird für die höheren Werte des Lebens, die zu erfüllen ihm aufgegeben sind. Aber damit, daß ich das Thema anschneide, ist es gewiß noch nicht gelöst; ja, wenn ich die Lösung schon wüßte, würde ich sie dem Leser nicht vorenthalten. Aber so einfach liegen die Dinge hier nicht. Völlig abwegig scheint es mir zu sein, wenn die Wohlhabenderen unter uns die Nase darüber rümpfen, daß diejenigen Menschen, die erst nach dem Kriege in einen höheren Lebensstandard hineingewachsen sind und etwa die Anschaffung eines Kühlschranks oder eines Staubsaugers, eines Rundfunk- oder eines Photoapparates erstreben, einer so materialistischen Geisteshaltung huldigen. Nein, das sind alles Zweckgegenstände. Ich weiß auch wirklich nicht, welcher Unterschied sein soll zwischen einem Eisschrank, der in der Wohnung des Millionärs steht, und dem Eisschrank in der Wohnung des Arbeiters. Das ist immer das gleiche Möbel, und es ist unmöglich, es das einmal als Ausdruck der Zivilisation gelten zu lassen und das anderemal als ein Zeugnis materialistischer Gesinnung anprangern zu wollen.

Ich weiß auch nicht, inwieweit sich unter einer solchen Wertung das Moped vom Auto unterscheiden soll. Aus diesem Grunde sollten

wir uns zu einem positiveren Urteil durchringen und uns fragen: Können wir — und die Frage gilt meiner Ansicht nach für die ganze freie Welt — nicht Werte setzen, die nicht im rein Individualistischen und Materiellen wurzeln, sondern die uns wieder Volk sein lassen oder uns darüber hinaus sogar das Bewußtsein einer Mission geben könnten? Ich glaube, es ist dringend nötig, daß wir um solche Ziele und Lösungen ringen, denn nur dann wird es uns auch gelingen, die ökonomischen Probleme und das hier behandelte der Konjunkturpolitik im Sinne einer Bändigung der Überkonjunktur einigermaßen befriedigend zu lösen.

Was gerade das letztere anbelangt, habe ich das Gefühl, daß es nötig ist, einen neuen Stil der Konjunkturpolitik zu entwickeln oder, wenn man will, sogar eine neue Theorie der Konjunkturpolitik aufzubauen, die davon auszugehen hat, daß die politischen Kräfte und die machtpolitischen Einflußnahmen auf die Wirtschaft heute als ein ökonomisches Datum gesetzt werden müssen. So ist es doch unverkennbar, daß zum Beispiel die alte Spielregel von Angebot und Nachfrage in der Hochkonjunktur eben nur einen Teil der Wahrheit ausmacht und daß, wenn wir diesem Mechanismus uneingeschränkt Raum geben, dann wahrscheinlich die Entwicklung verhängnisvoll verlaufen wird. Es handelt sich ja auch nicht um ein Auswiegen gegebener realer Größen; es ist vielmehr selbstverständlich, daß hier sehr starke spekulative Erwägungen in bezug auf künftige Erwartung mitspielen. Das trifft sowohl für die Produktions- wie auch für die Nachfrageseite zu, und deshalb kommt ein Ausgleich zwischen einkommenmäßig gedeckter Nachfrage und verkaufsreifem Sozialprodukt gar nicht zustande. Ich werde die liberale Theorie nicht verraten, aber ich weiß auch, daß sich in diesem Augenblick ein Gleichgewichtspreis über den Augenblick hinaus nicht bilden kann.

Wenn ich insbesondere durch psychologische Beeinflussung heute in Deutschland versuche, die treibenden Kräfte auf beiden Seiten, sowohl in der Unternehmungswirtschaft mit ihrer versuchten Übersteigerung der Investitionen, oder in einer Arbeiterschaft hinsichtlich der Gefahr einer Übersteigerung der Lohnforderungen, zu bändigen, dann weiß ich sehr wohl, daß das vielleicht ein Versuch mit untauglichen Mitteln sein wird. Ich würde auch völlig mißverstanden werden, wenn jemand glauben sollte, daß ich etwa mit einer von mir betriebenen «Seelenmassage» allein die Überspitzung der Hochkonjunktur eindämmen wollte. Das ist nur ein Mittel unter anderen, aber soviel ist doch auch gewiß, daß, wenn es mir gelingt, das Verhalten der Menschen im Markte zu beeinflussen, dann diese Art der psychologischen Beeinflussung die ökonomischen Daten verändert und somit in gleicher Richtung wirkt wie etwa die Geld- und

Kreditpolitik. Ob das Wirtschaftsindividuum aus Einsicht oder Zwang handelt, ist für die Auswirkung nicht entscheidend. Ich werde aber auch darlegen, welche Mittel wir in Deutschland noch zusätzlich anwenden, um des Phänomens der Überkonjunktur so gut als möglich Herr zu werden und die Gefahren zu bannen.

Ich sage, es kommt heute ein Gleichgewichtspreis vor allem auch deshalb nicht zustande, weil wir ja nicht in einer reinen Ökonomie, sondern in einer ausgesprochenen politischen Ökonomie leben. Wir haben den «Sozialpartnern» die Freiheit der Entscheidung hinsichtlich der Ausgestaltung ihrer Arbeitsbedingungen, insbesondere der Löhne eingeräumt. Und ich glaube, es würde ein schlechtes Prinzip bedeuten, wenn wir etwa in der ersten Stunde, in der sich dieses System bewähren muß, wieder in die Unfreiheit zurückgehen wollten und dafür staatliche Kontrolle oder Regelungen unter staatlichem Druck setzen würden. Es ist allerdings charakteristisch genug, daß gerade sozialistisch regierte Länder in dieser Frage heute das Prinzip der Freiheit wieder aufheben. Das wäre also, wie ich glaube, ein schlechter Ausweg, auf solche Weise einer Gefahr vorzubeugen. Aber wenn wir die Freizügigkeit als das tragende, das verpflichtende Prinzip anerkennen, dann müssen wir doch gleichzeitig aus der täglichen Erfahrung wissen, daß, wo immer sich eine Bewegung wie etwa auf der Lohnseite zeigt, sich sofort eine Reaktion auf der Preisseite vollzieht, aber diese Reaktion auf der Preisseite sofort wieder die Veranlassung gibt, neue Lohnforderungen zu erheben. Wir kommen also gar nicht zu einem Gleichgewichtszustand. Es ist eine falsch verstandene Freiheit und Freizügigkeit, die in den Aktionen einen Gleichgewichtszustand nicht nur verhindert, sondern bewußt zum Ungleichgewicht hintreibt. Das verstehe ich unter «politischer Ökonomie».

Man spricht in diesem Zusammenhang oft von einer inflationistischen Gefahr oder überhaupt von einer Inflation. Wir sollten mit diesem Begriff wohl etwas vorsichtiger umgehen, denn was sich da vollzieht, ist nicht eigentlich eine Inflation, hervorgerufen etwa durch staatliche Mißwirtschaft, durch zusätzliche Geldschöpfung oder Defizitwirtschaft. Diese preissteigernd wirkende Kaufkraft kommt ja aus dem Kreislauf der Wirtschaft selbst; aber wer unterscheidet schon, ob nun eine Preissteigerung im eigentlich wissenschaftlichen Sinne inflationistischen Ursprungs ist, d. h. echte Inflation bedeutet, oder ob sie aus mangelnder Disziplin erwächst und vielleicht aus einer mangelnden Härte der Notenbank gegenüber diesem gefährlichen Beginnen. Sicher ist das eine: wenn Staat und Notenbank nicht willens sind, diesem politischen Treiben ein Ende zu bereiten, muß zwangsläufig eine Entwicklung einsetzen, die, wenn auch in der Wurzel etwas anderen Charakters, doch in eine

Bewegung führt, die zweifellos Züge einer inflationistischen, preistreibenden Tendenz aufweist. Aus diesem Grunde sollten wir die Dinge sehr ernst nehmen und uns die Frage stellen, ob es irgend ein Mittel gibt, um diesem beiderseitigen Treiben der Disziplinlosigkeit und der Maßlosigkeit in der Hochkonjunktur wirksam zu begegnen.

Mit dem Begriff Maßlosigkeit kennzeichne ich eine meines Erachtens nach typische Erscheinung unserer Zeit. Ich spreche wieder von Deutschland — der Leser möge dann hievon in die Schweiz nach eigenem Belieben und Wissen transferieren. Im Jahre 1948 war die deutsche Wirtschaft völlig zusammengeschlagen, sie lag in Schutt und Trümmern; sie ist, wie ich glaube, heute zu einem guten Teil wieder aufgebaut. Selbstverständlich aber können die Kapitalverhältnisse in Deutschland nicht etwa so sein, wie sie «in der guten alten Zeit» gewesen sind, oder wie sie vielleicht noch in glücklicheren Ländern vorherrschen mögen, die kein so hartes Schicksal erfahren mußten. Das hat aber zur Konsequenz, daß das Verhältnis zwischen Eigenkapital und Fremdkapital in der deutschen Wirtschaft naturgemäß sehr labil und vom Standpunkt einer privatwirtschaftlichen Betrachtung aus unbefriedigend ist. Das gebe ich gerne zu! Hinzu kommt, daß sicherlich auch gesündigt worden ist, das heißt, daß kurzfristiges Geld für langfristige Investitionen verwendet wurde und damit die Liquiditätsverhältnisse allenthalben auch nicht zum besten bestellt sind.

Das ist zugleich auch der Grund, warum ich hinsichtlich der Anwendung kreditpolitischer Mittel doch immer etwas besorgt bin. Diese wirken immer generell und über die ganze Breite der Volkswirtschaft. Die Einschränkung der Kreditmittel oder ihre Verteuerung trifft Gerechte und Ungerechte in gleichem Maße. Bei einem breitgestreuten Mittelstand, d. h. bei vielen kleineren und mittleren Existenzen, ist angesichts der labilen Kreditsituation in den einzelnen Unternehmungen zu befürchten, daß eine hart angesetzte Kreditpolitik herkömmlichen Ursprungs und Ausmaßes unter Umständen auch gefährliche Auswirkungen zeitigen könnte. Damit möchte ich aber keineswegs gesagt haben, daß sich ein Land wie Deutschland nicht auch dieses Instrumentes bedienen muß, wenn eben andere Mittel schließlich mehr oder minder versagen. Ich habe lange Monate mit unserer Notenbank gerungen und ihr angeraten, noch etwas zuzuwarten, daß ich den Versuch unternehmen könne, die Menschen beim gesunden Menschenverstand und der wirtschaftlichen Vernunft anzupacken, um sie wieder in die richtigen Maße zu bringen.

Ich habe indessen niemals daran geglaubt, daß diese Beschwörung das Alleinmittel einer modernen Konjunkturpolitik sein könnte. Vielleicht kann man diese in ihren Methoden überhaupt nicht von

einem Land auf das andere übertragen. Ich bilde mir wohl ein, daß ich in Deutschland von Unternehmern und auch von Gewerkschaftern gehört werde, daß man meine Stimme ernst nimmt, und so vielleicht doch ein gewisses Nachdenken Platz greift. Ich habe es jedenfalls an diesen Versuchen nicht fehlen lassen. Ich bin wie ein Kapuzinerpater durch die Lande gezogen und habe immer wieder Menschen anzupacken versucht, nicht etwa in ihrer romantischen, altruistischen Gesinnung, sondern ich habe an ihre eigenen wohlverstandenen Interessen appelliert. Denn es ist wirklich ein fades Spiel, wenn sich jeder so benimmt, als ob er nur Verkäufer von Waren und Dienstleistungen wäre und in der Hochkonjunktur das verständliche Bestreben habe, das mögliche für sich zu erringen. Er vergißt dabei nur, daß die anderen ebenso schlau sind, und daß er als Käufer von Waren und Dienstleistungen den ganzen Profit drangeben muß, weil sich eben seine Kontrahenten in gleichartiger Machtposition befinden. Das einzige, was dabei herauskommt, ist, daß sie die Werte immer höher schrauben, ohne daß die Relationen damit schon verändert werden. Das heißt, die Relationen werden doch verändert, denn es ist ja für die Unternehmer auf der einen und für die Gewerkschaften, bzw. Arbeiter auf der andern Seite verhältnismäßig leicht, ihren Anteil am Sozialprodukt zu erhalten oder sogar zu verbessern, und zwar unabhängig von den Preisen und Werten in einer Volkswirtschaft. Für alle diejenigen aber, die nicht so unmittelbar in der Produktionssphäre stehen, bzw. in den Produktionsprozeß aktiv eingegliedert sind wie etwa die Festbesoldeten, die freien Berufe und vor allen Dingen die Fürsorgeempfänger und Sozialrentner, mit denen wir in Deutschland zu rechnen haben, bedeutet jede Werteverchiebung, eben weil ihr Einkommen wenig reagibel ist, eine Bedrängung in ihrem sozialen Sein. Aus diesem Grunde kann ein Staat, der seine Wirtschaftspolitik unter das Motto «Soziale Marktwirtschaft» stellt, nicht tatenlos zusehen, wenn sich einzelne Schichten, auf Grund ihrer stärkeren Marktposition oder auf Grund ihrer gesellschaftspolitischen Macht, bereichern wollen. Diese mögen es subjektiv gar nicht so empfinden, aber in der Wirkung geht ihr Vorteil zu Lasten anderer Kreise eines Volkes. Aus diesem Grunde müßte es, so glaube ich, doch gelingen, eine Stabilität des Preisniveaus zu erreichen. Nicht daß ich mir etwa vorstelle, man könnte in der Hochkonjunktur starre Preise halten, oder man könnte Einflüsse, die von außerhalb, wie etwa bei Rohstoffen, vom Weltmarkt hineinschlagen, in der nationalen Volkswirtschaft negieren. Nein, das kann man selbstverständlich nicht. Ein stabiles Preisniveau bedeutet alles andere als Starrheit; es bedeutet nur, daß wir das Niveau im ganzen auf einem durchschnittlichen, mittleren Stand so gut als möglich festzuhalten versuchen. Das hat dann natürlich auch Rück-

wirkungen auf die Lohnpolitik. Es bedeutet wiederum nicht starre Löhne; ja, niemand kann weiter davon entfernt sein als ich, einen Lohnstop, bzw. Preisstop einzuleiten oder gar den untauglichen Versuch zu unternehmen, mit Polizeigewalt die Preise bändigen zu wollen. Einsicht und Moral, Rücksicht auf die Schwächeren müssen unser Handeln bestimmen.

Daß jeder Zwang untauglich ist, haben wir bis zum Erbrechen erprobt und erfahren. Es muß also schon in der Freiheit der Entscheidung des einzelnen Menschen der Weg gesucht werden, die wohltätige Wirkung einer Stabilität zu erreichen. Wir haben in Deutschland die Löhne in den zurückliegenden Jahren fortdauernd nominell erhöhen können, und trotzdem war es möglich, ein relativ — ja, man kann fast sagen absolut — stabiles Preisniveau aufrechtzuerhalten. Das geschah in Auswirkung der steigenden Produktivität, der höheren Leistungsergiebigkeit, der zunehmenden Effizienz der menschlichen Arbeitsleistung, der Erfolge der Rationalisierung u. a. m. Diese Politik erwies sich als sozial fruchtbar und sogar notwendig, denn erst auf der Grundlage einer breit gestreuten Massenkaufkraft kann sich eine moderne Volkswirtschaft entwickeln und im internationalen Wettbewerb bestehen. Ein Land, das nach alter historischer Tradition davon ausgehen würde, nur eine schmale Schicht vermögender Leute neben eine breite Masse von Menschen zu stellen, die gerade über ein Existenzminimum verfügen, paßt nicht mehr in die wirtschaftspolitische Landschaft der Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts. Insofern haben wir also die Steigerung der Massenkaufkraft bewußt angestrebt und begrüßt. Heute gerade geht in Deutschland die Diskussion darum, welches, im Zeichen einer Hochkonjunktur wie dieser, der angemessene oder «gerechte» Lohn sei, und wieviel in einer solchen Volkswirtschaft investiert werden dürfe. Wo liegen die Grenzen für diese konsumtiven und produktiven Aufwendungen?

Die Auffassungen sind natürlich sehr geteilt. Die einen betonen, daß sie auch keine Preissteigerungen wollen, wohl aber fordern sie neben der Beteiligung an der steigenden Produktivität der Volkswirtschaft zugleich auch eine gesellschaftliche Umschichtung in der Verteilung des Volkseinkommens. Nun, lassen wir einmal das letztere Problem außer acht und prüfen, inwieweit, bzw. in welchem Ausmaß es gerechtfertigt erscheint, das Lohneinkommen an der höheren Produktivität zu beteiligen. Grundsätzlich haben wir die Frage ja schon bejaht. In einer Volkswirtschaft aber, in der sich die Erschöpfung des Arbeitskräfte-Reservoirs schon so stark bemerkbar macht, kann naturgemäß nicht jeder Fortschritt in der Produktivität verfrühstückt werden, d. h. also in den Konsum fließen. Das würde nämlich das Ende jeden Fortschrittes bedeuten

und so auch nicht im Interesse der Arbeiterschaft liegen. Wenn keine freien Arbeitskräfte mehr in den Produktionsprozeß eingegliedert werden können, ist für die Zukunft jede Besserung der sozialen Verhältnisse nur durch eine höhere Ergiebigkeit der Volkswirtschaft zu erzielen — und das eben bedeutet einen laufend wachsenden Kapitaleinsatz. Eine solche Volkswirtschaft muß also über entsprechende Erträge und eine ausreichende Spartätigkeit verfügen, um diese für die Zukunft so wichtige Aufgabe erfüllen zu können.

Nun geht das Streitgespräch bei allen Diskussionen darum, welches ist denn der gerechte Anteil, den der Arbeiter in bezug auf die Verbesserung seines Seins an der steigenden Produktivität der Volkswirtschaft für sich geltend machen kann? Wie hoch darf denn jene andere Zuwachsquote der Produktivität sein, die für Investitionen freigegeben werden soll? Die Unternehmer — ich übertreibe jetzt bewußt, um es deutlich zu machen — sagen, daß jede Steigerung der konsumtiven Nachfrage konjunkturpolitisch außerordentlich gefährlich sei, und daß es darum das beste wäre, jeden Produktivitätsfortschritt und jeden höheren volkswirtschaftlichen Ertrag (nicht in der privatwirtschaftlichen, sondern in der volkswirtschaftlichen Rechnung) zur Verbesserung des Gütegrades der Volkswirtschaft, wie etwa in Form von Rationalisierung, anzuwenden.

Beide Auffassungen sind wohl etwas illusionistisch; die Alternative lautet nicht: entweder — oder, sondern kann im politischen und sozialen Raum nur heißen: sowohl — als auch! Man kann bei fortschreitender Produktivität in der Volkswirtschaft nicht irgendeine Schicht vom Erfolg ausschließen. Man kann also nicht sagen, es dürfe, unter bestimmten Voraussetzungen, überhaupt nicht *mehr* verbraucht werden, sondern man muß wissen, wann und wieviel mehr verbraucht werden darf. Von rein rationalen Überlegungen aus ist es sicher richtig, daß dann, wenn keine menschlichen Arbeitskräfte mehr vorhanden sind, rationalisiert werden muß, um mit weniger, bzw. mit der gleichen Zahl von Arbeitskräften dennoch ein höheres Sozialprodukt zu erstellen. Aber selbstverständlich hat auch das seine Grenzen. Wir sind, wie ich glaube, an diesen Grenzen angelangt, denn es besteht die Gefahr, daß wir die Volkswirtschaft überfordern. Das heißt mit anderen Worten, daß man den Verbrauch und die Investitionen nicht gleichzeitig über das Maß hinaus steigern kann, das den Leistungsgrad der Volkswirtschaft übersteigt — sei es in Konsumgütern oder Produktionsmitteln. Wir erleben es heute, und es wird auch in der Schweiz nicht viel anders sein, daß sich jetzt auch schon für Konsumgüter Lieferfristen herausbilden, die nachdenklich stimmen müssen. Für Produktionsmittel rechnen wir schon mit über einem Jahr, ja sogar mit zwei Jahren und darüber hinaus. Man muß hier füglich fragen, was dann diese Über-

steigerung der Investitionen noch für einen Sinn haben soll, da sie praktisch nur zeitlich hintangehängt werden kann. Durch diese langen Lieferfristen, durch die Akkumulation der Aufträge aber werden preispolitisch außerordentlich gefährliche Wirkungen erzeugt.

Aber jetzt kommt erst die interessante Frage, nämlich die: wie rückt man diese ungedeckte Nachfrage wieder auf das rechte Maß zurück? Sicher nicht durch Zwangssparen und auch nicht durch ein Investitionsverbot oder eine Investitionskontrolle. Wie man weiß, haben andere Länder versucht, durch die eine oder andere Methode befriedigende Lösungen zu erreichen, teils indem sie die Steuern, und besonders Verbrauchssteuern, erhöht und damit die inländische Nachfrage mengenmäßig verkürzt haben, oder indem sie die Investitionen unter Genehmigungszwang stellten. Ich möchte davon in Deutschland nichts wissen. Noch bin ich der Meinung, wenn man den Menschen vor Augen führt, wie wenig, bzw. nichts sie bei diesem gedanken- und gewissenlosen Spiel gewinnen können, vielmehr zuletzt verlieren müssen, sie dann doch dem gesunden Menschenverstand Raum geben. Man möchte heute manchmal meinen, daß manche Menschen und Gruppen eine selbstzerstörerische Wut befallen hat — Besinnung tut wirklich not.

So unternehme ich also den Versuch, den Gewerkschaften deutlich zu machen, daß jede Übersteigerung ihrer Lohnforderungen naturnotwendig zur Gefährdung der Arbeitsplätze führen müsse, und ich lasse keinen Zweifel, daß alle Mittel zum Einsatz gebracht werden würden, um die Stabilität der Währung zu erhalten — gegebenenfalls auch harte Mittel. Wenn ich diese dennoch bedächtig angewandt wissen möchte, dann deshalb, um damit nicht wieder das alte Spiel von neuem zu beginnen, d. h. wieder in den Konjunkturzyklus zu geraten. Tatsächlich ist niemals die Stabilität unserer Währung gefährdet; gefährdet ist immer nur die Hochkonjunktur, denn Regierung und Notenbank werden in Deutschland unter keinen Umständen zulassen, daß eine Inflation, und sei es auch nur im Sinne einer schleichenden, aber fortdauernden Preissteigerung, Platz greift. Harte Maßnahmen bedingen dann aber, daß sich eine Übersteigerung sowohl der Lohnforderungen wie auch eine illusionistische Ausnützung der Preisfreiheit von seiten der Unternehmer nur gegen die Betreffenden selbst richten kann, sei es, daß die Arbeiter ihre Arbeitsplätze gefährden und wieder Arbeitslosigkeit aufkommt, oder aber die deutsche Wettbewerbsfähigkeit verloren geht, und damit sinkende Produktion und rückläufiger Umsatz die Unternehmerexistenz bedrohen.

Um solche gefährlichen Entwicklungen zu bannen, habe ich etwas getan, was man allenthalben als einen Verrat an alter historischer Tradition bezeichnet hat: Ich habe nämlich die Handels- und

Zollpolitik dazu benutzt, um bändigend auf die deutsche Konjunktur zu wirken, sie vor einem Überschäumen zu bewahren. Die deutsche Industrie sah in einseitigen, konjunkturpolitisch ausgerichteten Zolllenkungen eine Zweckentfremdung der Handels- und Zollpolitik; ja, sie meinte aus ihrer Sicht, daß das ein Mißbrauch sei. Dem setze ich entgegen, daß alles, was unser nationales Preisniveau stabil zu halten vermag, in dieser Situation gut ist und angewendet werden muß. Ich habe auch, als ich in der Liberalisierung weiter voranschritt, gar nicht danach gefragt, ob andere Länder eine Gegenleistung vollbringen, denn ich habe aus meiner eigenen Verantwortung heraus für das Gedeihen der deutschen Volkswirtschaft und für ihre Stabilerhaltung gehandelt. Aus solcher Sicht heraus wurden in Deutschland im vergangenen Herbst viele Zölle um 50% gesenkt — wiederum ohne Gegenleistung. Und ich verrate kein Geheimnis, wenn ich sage, daß ich drauf und dran bin, noch einmal eine weitere fühlbare Zolllenkung einzuleiten, um nochmals ein Warnungszeichen zu geben und deutlich zu machen, daß wir alle Mittel des Wettbewerbs zum Einsatz bringen wollen, um damit einer Entartung, einer Übersteigerung der Lohn- und Preisforderungen in Deutschland Einhalt zu tun. Es ist von deutscher Sicht aus trotzdem nicht ganz leicht, damit zum Erfolg zu kommen, denn wir sind im internationalen Vergleich, unter Berücksichtigung der Währungsrelationen, ein verhältnismäßig «billiges» Land. Leider, so muß ich sagen, kann also die internationale Konkurrenz gar nicht in dem Maße spielen, wie ich sie mobilisieren möchte, um dem deutschen Preisniveau eine wirksame Grenze zu setzen. Aber im ganzen funktioniert es doch ganz gut.

Man hat gegenüber dieser Politik zuerst eingewendet, daß sie ein Schlag ins kalte Wasser sei. Als sie dann durchgeführt wurde, hat man von einer Katastrophe gesprochen, die sich ereignen werde. Nun, Katastrophen haben sich nicht ereignet, wohl aber hat diese Politik heilsam gewirkt. Ich kann immerhin mit einiger Befriedigung feststellen, daß in den Bereichen, in denen wir den Weg der Liberalisierung und der Zolllenkung gegangen sind, zwar die Einfuhren vom Ausland gar nicht so beträchtlich zugenommen haben, wohl aber die Preise stabiler geblieben sind. Dieses Instrument hat also schon rein psychologisch etwas einschüchternd und bändigend gewirkt, und so möchte ich auch für die Zukunft nicht darauf verzichten. Es gibt doch immer irgendein Land, in dem eine Ware unter den heutigen Währungsverhältnissen noch billiger ist. Ich hoffe jedenfalls, daß das so bleiben möge.

Gewiß wird man von Land zu Land auf unterschiedliche Art und Weise der Dinge Herr werden können, je nachdem die Menschen ansprechbar sind und die Disziplin noch zu wecken ist. So mögen

auch andere als die angeführten Mittel zu dem Ziele führen können, die Hochkonjunktur im Zaum zu halten. Jedenfalls lehren die heute auftretenden Schwierigkeiten und Gefahren deutlich genug, wie sehr uns die Geltung eines internationalen Preisniveaus mangelt und wie schädlich das Fehlen dieser Funktion vom konjunkturpolitischen Standpunkt aus zu beklagen ist. Das bestärkt mich in der Überzeugung, daß die Wiedereröffnung frei konvertierbarer Währungen das ernsteste Anliegen aller auf Ordnung bedachten Volkswirtschaften sein muß. Die in aller Welt anzutreffende konjunkturpolitische Unsicherheit hat vor allem in dem Fehlen auf Ausgleich hindrängender konvertierbarer Währungen ihre Wurzel.

Neuerlich wurde in Deutschland auch der Diskont erhöht, und vielleicht ist das noch gar nicht einmal die letzte Maßnahme auf diesem Gebiet. Ja, sagt der Laie dazu, auf diese Weise führe die Hochkonjunktur nur zu einer Erhöhung der Preise. Die höheren Geldkosten werden auf die Preise aufgeschlagen, zumal es ja in der Hochkonjunktur so aussieht, als ob man die Waren auch zu überhöhten Preisen verkaufen könne. Dieses Warnungszeichen schien mir aber am Platze zu sein, damit die Wirtschaft draußen merkt, daß Regierung und Notenbank ernstlich gewillt sind, eine überschäumende Konjunktur zu verhindern und keinen inflationistischen Trend zu dulden. Wenn die Wirtschaft befürchten muß, daß ein Preisaufrtrieb verhindert werden und der Diskont morgen vielleicht noch höher sein wird, dann — glaube ich — werden spekulative Überlegungen in den Dispositionen bezüglich der Lagerhaltung oder auch der Investitionsvorhaben doch etwas zurückgedrängt. Denn die Unsicherheit, die damit erzeugt wird — und hier bedeutet Unsicherheit ein sehr heilsames Prinzip —, wird dann eben doch zu einer gewissen Abkühlung der Geister führen. Zweifellos spielt die Diskontpolitik heute nicht mehr die gleiche Rolle und erfüllt nicht mehr die gleiche Funktion, wie das etwa unter der Ära der Goldwährung einmal der Fall gewesen ist. Damit ist aber ein weiteres bedeutsames Thema angesprochen.

Ich war vor einiger Zeit in London und habe mich in einer Zeit, da man im Unterhaus gerade über die Konjunkturpolitik lebhaft debattierte, über die notwendigen finanz- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen unterhalten. Ich habe insbesondere gefragt, ob man nicht wieder zu einer besseren Angleichung der Konjunkturpolitik zwischen den einzelnen Ländern gelangen könne und müsse. Man gewinnt ja nicht gerade einen überzeugenden Eindruck, wenn man zwar in allen Ländern von Hochkonjunktur spricht, aber innerhalb dieser Länder völlig unterschiedliche Mittel der Heilung zur Anwendung bringt. Dann verlieren nämlich diese Mittel an Glaubwürdigkeit, und es muß der Bevölkerung so vorkommen, als ob es mehr oder minder zu-

fällig wäre, was da veranstaltet wird, um die Dinge zu einer ruhigen Entwicklung zu bringen. Und hier sage ich es mit aller Deutlichkeit, daß mein ganzer Ehrgeiz und mein ganzes Bestreben ja nicht dahin gehen, etwa die Hochkonjunktur zu zerstören; vielmehr sind alle meine Anstrengungen darauf gerichtet, sie zu stabilisieren. Sicher ist für einen Wirtschafts- und Finanzminister nichts einfacher als eine Hochkonjunktur zusammenzuschlagen; das ist eine ganz simple Angelegenheit. Aber nachdem wir das eben nicht wollen und uns diesen Scherz auch nicht leisten können — auch nicht im Hinblick auf die große weltpolitische Auseinandersetzung zwischen Ost und West mit allen sozialen Nöten und Unsicherheiten —, ist die Aufgabe um so schwieriger. Sie gibt uns auf, nicht in einen Konjunkturzyklus zu geraten, sondern uns auf der Höhe der Hochkonjunktur fortzubewegen und, wie ich vorhin schon sagte, gleichwohl alle Wachstumskräfte einer Volkswirtschaft auszunützen. Aber deshalb bedarf es meiner Ansicht nach eben einer Verständigung, einer internationalen Konjunkturabstimmung. Trotz der fehlenden Funktion eines internationalen Preisniveaus können wir auf der anderen Seite froh sein, daß die Volkswirtschaften heute in einem viel höheren Maße und auch viel freiheitlicher zusammenarbeiten als das etwa vor acht Jahren noch der Fall war. Einrichtungen wie die OEEC, die EPU, der Internationale Währungsfonds oder das GATT haben zweifellos in ihren Ansätzen sehr segensreich gewirkt und auch viel erreicht. Das europäische Handelsvolumen ist um ein Erhebliches gestiegen. Aber wir spüren es doch deutlich, daß, je mehr wir an die Grenze kommen, von da an wirklich ernsthafte und fühlbare Einflüsse auf den nationalen Raum hin erfolgen, die Widerstände protektionistischer Art und auch die abschirmenden Manipulationen der Regierungen im Steigen begriffen sind. Um es deutlich zu sagen: Von 0 auf 80% zu liberalisieren, ist verhältnismäßig einfach, denn bis zu dieser Größenordnung liegt fast ein nationales Interesse vor, die Freiheit zu gewähren. Bei einer Liberalisierung von 80 auf 90% werden die Dinge schon problematischer, aber wenn wir dann auf 90, 92% kommen — das ist die Größenordnung, in der wir uns bewegen —, dann wird jedes halbe Prozent in der Volkswirtschaft zu einer fast dramatischen Angelegenheit. Aber da gerade wird es erst interessant, und dort würde erst die Liberalisierung heilsam sein. Wir straucheln sozusagen vor der letzten Hürde, und keiner hat den Mut, darüber hinwegzugehen. Ich möchte den Mut wohl aufbringen und den Schritt wagen — nicht etwa, daß ich mir einbilde, berufen zu sein, der Welt ein gutes Beispiel zu geben, sondern weil ich glaube, daß sich eine solche Politik für die deutsche Volkswirtschaft selbst segensreich auswirkt und weil sie den Notwendigkeiten entspricht, die uns aus der Konjunktursituation erwachsen.

Wie schwierig die Dinge liegen und wie wenig noch unsere internationalen Beziehungen geordnet sind, geht auch daraus hervor, daß die Preisentwicklung in den einzelnen nationalen Volkswirtschaften in den letzten Jahren außerordentlich unterschiedlich verlaufen ist. Wir haben Länder, die es verstanden haben, ihr Preisniveau relativ, ja fast absolut stabil zu erhalten, wie etwa die Schweiz, aber auch die Bundesrepublik. Aber es gibt andere Länder, deren Preisniveau im gleichen Zeitraum um 6%, 8%, 10% und sogar 12% gestiegen ist — und das alles bei gleichbleibenden Wechselkursen. Da kann einfach etwas nicht in Ordnung sein! Wenn z. B. unsere deutsche Industrie zu mir kommt und irgendwelche Exporthilfen, bzw. Exportstützungen wünscht, dann sage ich, daß die beste Exportförderung, die sie erhalten könne, die ist, durch eigene Disziplin das heimische Preisniveau stabil zu halten. Wenn andere Länder das in geringerem Umfange vermögen, dann bedeutet jede bessere Stabilität innerhalb der eigenen Volkswirtschaft zugleich auch einen Vorsprung im internationalen Wettbewerb und eine Verbesserung der Exportchancen eines Landes.

Aber ich beleuchte damit zugleich die Krankheit: denn die Exportbegünstigung, die ein Land dadurch erfährt, daß es sein Preisniveau stabil hält, beruht ja nicht auf einem echten Leistungsvorsprung, sondern darauf, daß dieses Land etwas weniger gesündigt hat als andere Länder. Das aber ist immerhin nach meinem Gefühl unbefriedigend, und deshalb sollten wir darauf drängen, in der Gewährung von Freizügigkeit weiterzugehen. Der Nationalismus und der Protektionismus treiben auch in Europa allenthalben noch recht üppige Blüten. Ich weiß, es gibt auch bei uns nicht nur Tugendhafte; wir sind bekanntlich allzumal Sünder. Als Wirtschaftspolitiker und als Wirtschaftsminister aber bemühe ich mich jedenfalls, mein Land so tugendsam als möglich werden zu lassen und damit zugleich einen Beitrag zu einer engeren Verbindung der Volkswirtschaften zu leisten.

Hier verdient wieder ein politischer Aspekt Beachtung. Wir können uns den Luxus eines protektionistisch zergliederten Europas in diesem Augenblick nun wirklich nicht mehr leisten; ja, das höchste Maß an Freiheit und Freizügigkeit wäre gerade das, was uns überhaupt noch eine Chance gibt, der drohenden Gefahr von Osten Herr zu werden. Man kann das nicht deutlich genug und nicht hart genug aussprechen. Wir wissen jetzt zum Beispiel um die russische Handelsoffensive, die von der Absicht getragen ist, die Handelspolitik als ein Instrument des Kalten Krieges anzuwenden. Und wie stehen wir dem gegenüber? Gewiß brauchen wir nicht von einem Leistungsrückstand des Westens zu sprechen. Von dieser Seite droht zunächst und bestimmt für den Augenblick keine Gefahr, obwohl wir deutlich genug erkennen, daß Sowjetrußland und die Satelliten-

staaten die erheblichsten Anstrengungen unternehmen, um auf technischem Gebiet aufzuholen und uns sogar zu überflügeln. Doch das sei hier nicht zur Diskussion gestellt. Wesentlich für unsere Betrachtung ist, daß hier zwei völlig unterschiedliche Systeme miteinander im Wettstreit stehen: Sowjetrußland mit seiner kollektivistisch-monopolistisch geführten Handelspolitik, bei der es ja nicht darauf ankommt, Kostenpreise zu realisieren, sondern gegebenenfalls durch Angebote und Verkäufe zu halbem Wert, oder vielleicht noch weniger, die Welt in Unruhe zu versetzen und uns auf wichtigen Märkten auszumanövrieren. Bei unserem individualistischen Prinzip in der Handelspolitik sind wir praktisch fast unfähig, dieser kollektivistisch-monopolistischen Handelspolitik eines totalitären Staates wirksam zu begegnen. Auch nicht die größte Firma in der Schweiz oder in meinem Lande kann gegenüber einem sowjetrussischen Angebot dieser Prägung bestehen.

Nun können wir uns aber doch ein Bild von der Leistungsfähigkeit Sowjetrußlands machen; wir wissen ziemlich genau, was die Sowjets zu produzieren in der Lage sind, und wir haben schließlich auch eine Vorstellung davon, was sie im eigenen Lande verbrauchen; auch die chinesischen Anforderungen werden nicht gering sein. Wir haben aber kaum eine Vorstellung, wieweit man die Opferfähigkeit — wenn auch unter Zwang — eines Volkes treiben kann; aber es gibt eine solche Grenze. Diktaturen können ein Volk hungern und darben lassen, aber man kann es eben nicht verhungern lassen. Da liegen zweifellos die inneren Hemmnisse der sowjetrussischen Aktivität auf dem Felde der Handelspolitik. Das Ungemütliche und Beunruhigende aber ist das, daß sie einmal auf diesem Markt, dann auf jenem schlagartig auftreten können, daß man unsere Kreise einmal mit diesem, dann mit jenem Objekt zu stören versucht.

Sollen wir diese ökonomische Falschspielerei als Schicksal hinnehmen? Ich glaube, so billig sollen wir es uns nicht machen. Mein Vorschlag geht darum dahin, zunächst eine Art internationale Clearingstelle zu schaffen, in der jedes Land seine Erfahrungen mit den Sowjetblockländern hereingibt, die es auf den fremden Märkten mit der Konkurrenz dieser Prägung gemacht hat, um so überhaupt einmal ein Bild über die sowjetrussische Strategie zu gewinnen. Dann erst können wir ihr gemeinsam begegnen. Selbstverständlich dürfte es nicht unsere Absicht sein, in jedes sowjetrussische Angebot einzutreten; man wird sie auf zerstörerischen Offerten auch sitzen lassen, man wird ihnen einmal einen Markt überlassen, auf einem andern wird man sie zu stoppen versuchen. Es ist meine Meinung, daß wir eine originäre Strategie der freien Welt zu entwickeln haben, die der sowjetrussischen Strategie entgegengestellt wird. Die westliche Strategie aber sollte nicht nur den negativen

Akzent tragen, die Sowjetrussen aus den Weltmärkten herauszumanövrieren, sondern sie soll und muß positiv von der Absicht der wohlhabenderen, reicheren und fortschrittlicheren Völker getragen sein, den noch nicht so fortentwickelten Ländern beim Aus- und Aufbau ihrer Produktivkräfte ohne politische Bindungen aktive, ich möchte fast sagen brüderliche Hilfe zu leihen. Keinesfalls sollten die westlichen Länder durch eine Intensivierung des Osthandels Sowjetrußland die Möglichkeit geben, Produktionslücken im eigenen Land zu schließen und es dadurch verstärkt in die Lage zu versetzen, ihre anarchische Politik gegenüber dem Westen fortzusetzen.

Wenn ein derartiger fester Wille in der Welt deutlich werden sollte, dürfte es verhältnismäßig leicht sein, diesem gefährlichen sowjetrussischen Treiben zu begegnen — gefährlich deshalb, weil sich Sowjetrußland moralisch auf einem ganz anderen Felde bewegt und die Prinzipien des Wettbewerbs völlig unvergleichbar sind. Diese sowjetrussische totalitäre Handelspolitik beruht auf der Absicht, diese als machtpolitisches Instrument im Kalten Kriege gegenüber der freien Welt einzusetzen. Es ist wohl in jedem Falle des Nachdenkens wert, zu Möglichkeiten eines gemeinsamen Handelns zu kommen.

Man kann hinblicken wo immer man will — es zeigt sich immer deutlicher, daß ein Land in seinem nationalen Bereich gar nicht mehr in der Lage ist, all der Probleme Herr zu werden, die an die freie Welt heranbranden. Das gilt in bezug auf die Konjunkturpolitik, das gilt in bezug auf die Handelspolitik und anderes mehr. Vergessen wir doch auch nicht, daß die Handelspolitik gegenüber einer noch jungen Vergangenheit inzwischen ganz andere Züge angenommen hat. Früher war sie als ein diplomatisches Spiel von Land zu Land zu begreifen, in dem zweiseitige Begünstigungen ausgehandelt wurden; ja, in den allerschlimmsten Fällen handelte es sich nur noch um den Abtausch von Kontingenten und was ähnliche Scherze mehr sind. Heute erkennen wir immerhin schon sehr gute Ansätze — wenn wir auch noch lange nicht am Ziel sind —, die Handelspolitik der bilateralen Bindungen zu berauben und sie darauf auszurichten, gemeinsame und allgemein-verbindliche Spielregeln über einen möglichst großen Bereich, ja am liebsten und besten über die ganze freie Welt zu setzen. Dann kann die Handelspolitik auch nicht mehr als nationales Instrument gehandhabt werden nach dem Motto: «Zuckerbrot oder Peitsche»; dann stehen wir alle unter den gleichen Gesetzen, die jede Diskriminierung ausschließen. Dann werden auch die zwischenstaatlichen Beziehungen der Länder sehr viel mehr befriedet sein, wenn nicht mehr Gewalt und Macht vorherrschen, sondern Recht und Ordnung — gleiches Recht und gleiche Ordnung. Das handelspolitische Geschehen wird durchsichtiger und überwindet auf diese Weise Unsicherheit und Mißtrauen.

Man muß diese Gedanken äußern, wenn wir überhaupt hoffen wollen, daß noch etwas von dem Geist der Gemeinsamkeit der freien Welt lebendig ist und der Begriff eines gemeinsamen Schicksals uns etwas bedeutet. Ich muß in diesem Zusammenhang etwas sagen, was, wie ich weiß, die Schweiz mit einiger Sorge bewegt. Es sind jene Gespräche um die sogenannte «Europäische Integration», d. h. um den Versuch, unter den sechs Staaten, die durch die Montan-Union verbunden sind, noch engere Beziehungen herzustellen, bzw. zwischen diesen Ländern ein höheres Maß an Freizügigkeit mit dem letzten Ziel der Schaffung einer Zollunion wirksam werden zu lassen.

Über Termine ist dabei nicht zu sprechen; jeder mag sich da seine eigenen Vorstellungen machen, zumal ja auch jedermann weiß, wie heterogen gerade jene Volkswirtschaften sind, die sich hier verbinden sollen. Aber ich möchte aus einem anderen Grunde meinen, daß die angedeutete Sorge unberechtigt ist. Worum geht es denn? Aus amerikanischer Sicht erscheint Europa hoffnungslos zerklüftet und zerrissen; man hat dort kein Verständnis für diese Vielfalt auf kleinstem Raum und ist allzusehr geneigt, das vielleicht sogar als Eigenbrötelei aufzufassen, was die Gestalt Europas ausmacht. Wir wissen aber, und wir spüren es deutlich, daß all die Buntheit und Vielgestaltigkeit in den Stammeseigenarten, aber vor allem im kulturellen Leben und im historischen Werden — daß alles, was da lebt und webt, zuletzt ein sehr positiver Wert ist und schließlich die europäisch-abendländische Kultur ausmacht. Wir müßten verblendet sein, wenn wir das alles in einen Topf werfen und glauben wollten, durch ein zentralistisches oder gar totalitäres Prinzip alles das einzufangen zu können, was im Grunde genommen gar nicht auseinanderstrebt, sondern nur ein Eigenleben führen will. Das alles aber spricht vor allem nicht gegen eine funktionelle ökonomische Einheit Europas.

Aus jener amerikanischen Schau ist der Gedanke geboren worden, es sollten oder möchten sich, wie schon im Schuman-Plan, jene Länder, die auch politisch gleiche Ziele anstreben, bereit erklären, den Versuch noch engerer Kontakte zu unternehmen, ohne aber nach den unglücklichen Vorstellungen der Vergangenheit eine Großraumwirtschaft in sich bilden zu wollen. Sollte das irgendwo die Absicht sein, dann wäre sie von vornherein schon unfruchtbar, unselig und zum Scheitern verurteilt. Europa hat in diesem Sinne keine festen Grenzen, aber Europa ist auch zu klein, als daß man es nochmals zerlegen dürfte. Das ganze Europa würde gerade ausreichen, um einen wirksamen Schutz zu bieten, eine geistige Barriere gegenüber der drohenden Gefahr vom Osten her aufzurichten. Deutschland wird auf gar keinen Fall — das kann ich versichern — einer irgendwie gearteten Integration zustimmen können, die von der Absicht

getragen wäre, nach außen, d. h. gegenüber dritten Ländern, eine diskriminatorische Politik einzuleiten. Deutschland lehnt Methoden ab, die zum Ziele hätten, zwar im engeren Kreis ein höheres Maß an Freizügigkeit zu setzen oder etwa eine Senkung des Zollniveaus vorzunehmen, nach außen aber eine protektionistische Politik zu betreiben und sich abzuschirmen. Das wäre undenkbar für Deutschland; und darum wird unser ganzes Streben bei der Realisierung solcher Pläne immer darauf gerichtet sein, jene sich neu entwickelnden Formen einer europäischen Zusammenarbeit nicht zu einer europäischen Isolierung oder gar Inzucht ausarten zu lassen.

Jeder mag selbst prüfen — ich selbst kann die Frage auch nicht absolut beantworten —, welche Chance dieser Politik beschieden sein wird. Aber das eine ist sicher: Sie bedeutet keine Abschirmung und keine Trennung gegenüber allen anderen Volkswirtschaften der freien Welt. Deutschland verkörpert heute einen Staat, der mit allen Ländern, d. h. mit der ganzen Welt, möglichst freie Beziehungen und Verbindungen unterhalten möchte, um in ökonomischer und sozialer Sicherheit eine Auslastung aller Produktivkräfte gewährleisten zu können. Ich möchte fast glauben, daß wir gemeinsam noch sehr viel zu diskutieren haben, bevor sich ein realistisches Gebilde «Europa» abzeichnet. Sicher ist das eine, daß man die nationalen Volkswirtschaften nicht in Teile zerlegen oder aus ihnen immer wieder einzelne Funktionen abspalten kann, um diese dann einer irgendwie gearteten übernationalen Verwaltung anheimzugeben. Eine Integration muß immer die Volkswirtschaft als Ganzes in allen ihren Bereichen einschließen; nur so ist überhaupt der Gedanke einer Integration fruchtbar. Demgegenüber bedeuten Teillösungen nicht nur ein «kleineres Übel»; sie sind und bleiben Stückwerk. Es ist uns heute wohl auch ein Höheres und Besseres aufgegeben, nämlich das Gewissen der freien Welt zu wecken, nicht nur im Hinblick auf ökonomische Fragen, wie sie uns eben in der Bändigung der Konjunktur, der Einleitung einer einheitlicheren neuzeitlichen Konjunkturpolitik begegneten, sondern vor allem hinsichtlich der uns von Osten her bedrohenden Gefahr.

Ich komme damit wieder an den Anfang zurück und frage: Was ist denn bei uns nicht in Ordnung? Irgendetwas kann nämlich nicht in Ordnung sein, so behaupte ich. Wenn immer mehr Reichtum, immer mehr Wohlstand und immer freiere Lebensführung nicht zu einer Beruhigung, sondern zu einer Beunruhigung des menschlichen Lebens führen, wenn wir darob nicht froher und glücklicher, sondern nur immer stärker von der Unrast gepackt werden, dann tut Besinnung not. Nicht das ist das Problem, daß sich die Menschen ihres Daseins freuen und diesen hohen Lebensstandard ihr Eigen nennen dürfen; das Verhängnis ist, daß wir das Maß für das Mög-

liche verloren haben oder es doch verloren zu gehen droht. Ich sagte neulich in Deutschland scherzhaft, es komme mir vor, als ob man dem Wirtschaftsminister die Hexen-Zauberformel abnötigen wollte: Du mußt verstehn, aus Eins mach Zehn! Keiner ist mit dem zufrieden, was an Sozialprodukt auf ihn in steigendem Maße entfällt, sondern alle Gruppen streben danach, ihren relativen Anteil am Sozialprodukt gleichzeitig zu verbessern. Und dieses Hexen-Einmaleins kann eben nicht praktiziert werden. Man kann eben immer nur den ganzen Kuchen verzehren; man kann aber nicht 150% verteilen. Es können nicht alle Blümenträume an einem Tag reifen, und das Schlaraffenland ist nicht von dieser Welt. Es ist ein unmenschliches Beginnen, dem Einzelmenschen durch Propaganda und Verhetzung das menschliche Gewissen und den gesunden Menschenverstand dazu rauben zu wollen.

Das ist nun die Aufgabe unserer Zeit: Die Menschen wieder zur Nüchternheit und Besinnung zurückzubringen, ihnen wieder deutlich zu machen, wo die Grenzen liegen, wie die Realitäten unseres Seins geartet sind. Wenn uns das gelingen soll, dann allerdings — glaube ich — müssen wir die Menschen auch wieder hart anpacken. Die Freiheit ist sicher ein wohlütiges Prinzip; aber die Freiheit muß gepaart sein mit dem Gefühl und dem Willen zur Verantwortung. Und das ist das, was meiner Ansicht nach in der freien Welt gefährdet erscheint. Die Freiheit wird bei uns zu oft mit Zügellosigkeit verwechselt, so als ob jeder tun und lassen könnte was er will. Daß ein so, d. h. falsch verstandener Freiheitsbegriff nichts Bindendes, nichts Versöhnliches mehr hat, braucht uns nicht zu verwundern. Deshalb bedarf der Begriff der Freiheit keiner Auslegung im Sinne einer Einschränkung der Persönlichkeit oder gar einer Übersteigerung der Staatsgewalt; nein — der Begriff der Freiheit muß vielmehr im Menschlichen und im Sittlichen wurzeln. Ich glaube, erst derjenige hat den Wert der Freiheit recht begriffen, der sich der ganzen Schwere der Verantwortung, welche die Freiheit eröffnet, fast erdrückend bewußt wird. Und daran eben scheint es mir zu fehlen.

Nur mit Wohlstand, nur mit Reichtum, nur mit einem hohen Lebensstandard werden wir — so unverständlich das auch erscheinen mag — gegenüber der Verführung durch kollektive Lebensformen, die tragischerweise gerade die Jugend anzusprechen scheinen, auf die Dauer nicht standhalten können. Wir müssen neue, und wir müssen höhere Werte setzen. Es muß uns etwas einfallen! Wir müssen bei aller segensreichen Wirkung einer individualistischen, freiheitlichen Politik doch auch wieder zum Ganzen hinblicken. Wir müssen vom Ganzen her neue Postulate des Handelns, ragende Ziele und glaubwürdige Ideale setzen. Diese alle sind nicht konstruierbar.

Wüßte ich sie, würde ich sie geben. Sie sind wahrscheinlich auch mit Worten gar nicht begreiflich zu machen. Sie müssen wieder in der Seele des einzelnen Menschen bewußt erlebt und gelebt werden.

Vielleicht ist es Gnade, daß uns dies zuteil wird! Aber wir dürfen es uns nicht einfach machen; wir müssen darum ringen. Die Besten sind aufzurufen. Wir müssen die Geister wieder einmal in Unruhe bringen; wir müssen sie aus der Wohlgefälligkeit herkömmlichen Denkens, aus der Sättheit der Lebensführung herausreißen. Nicht etwa, daß ich Enthaltbarkeit und Buße predigen möchte — nein, das würde mir schlecht anstehen —, wohl aber Besinnung und Nachdenken.

Wenn ich das als Deutscher sage, verbinde ich damit sogar eine Hoffnung, daß sich vielleicht in meinem eigenen Lande ein solcher Geist noch entzünden ließe. Das deutsche Volk hat die ganze Tragik eines Niedergangs erfahren; es entwickelt seine höchsten Tugenden immer in der Not. Nur die Stunden des Glücks kann es schwer ertragen. In ihnen wird es von der Hybris erfaßt, dann verliert es alle Maße und will die Früchte unreif vom Baume reißen, obwohl die Ernte sichtbar heranreift. Vielleicht muß es das deutsche Volk noch deutlicher spüren, daß es eine Not gibt, die noch schwerer wiegt als die materielle Sorge, die es überwunden hat. Das ist jedenfalls das, was unsere heutige Welt in Unordnung bringt und was diesen Mißbrauch der Freiheit, die Ungebändigkeit, die Zügellosigkeit des Wollens und Forderns ausmacht.

Ich möchte nun auch als Staatsmann sprechen. Wenn ein Staat nichts anderes mehr weiß oder wenn er seine Aufgabe darin erfüllt sieht, sich im Bieten und Fordern zu erschöpfen, wenn er sich auf die primitive Ebene des Aushandelns kleiner Vorteile begibt — wenn er glaubt, mit kleinen Geschenken die Menschen glücklich oder politisch gefügig machen zu können, dann wird er unter allen Umständen scheitern. Ich verkenne dabei nicht die sozialen Verpflichtungen des neuzeitlichen Staates; aber man kann die Dinge auch zu weit treiben. Wenn in der Perfektionierung des Wohlfahrtsstaates das menschliche Gefühl, die sittliche Verantwortung verloren gehen, wenn unsere Gesellschaft gar nichts mehr von der Nächstenliebe in dem eigentlichen, ursprünglichen Sinne atmet, dann braucht sie nicht zu hoffen, anerkannt und bestätigt zu werden.

Aus diesem Grunde möchte ich glauben, daß wir auf eine gefährliche Bahn geraten sind, wenn wir in der Verwirklichung eines Wohlfahrtsstaates am Schlusse zu einem System kommen, in dem der Staat, weil er aus eigener Kraft nichts zu leisten vermag (und er nicht Inflation treibt), seinen Bürgern nur soviel an Almosen, Unterstützung und Hilfe wiederzugeben vermag, als er ihnen vorher abgenommen hat — praktisch ist es noch sehr viel weniger. Dann wird

diese Art von Sozialpolitik zu einem faden Spiel, zumal wenn der Kreis derjenigen, die in den Wohlfahrtsstaat hineindrängen, immer größer wird. Dann werden wir zuerst durch erhöhte Steuern entschädigungslos enteignet und stehen dann nachher, Gnade bettelnd, vor dem Staate an, daß er uns füglich das als Almosen (oder — wenn ich an den Unternehmer denke — vielleicht auch als Kredit) zurückgibt, was eigentlich unser eigenes Einkommen, unser Eigentum kraft unserer eigenen Leistung sein müßte.

Ein Wirtschafts- und Sozialsystem ist auch moralisch unterhöhlt, in dem jeder die Hand in der Tasche des andern hat; dieses Prinzip ist gewiß nicht geeignet, sittliche Verantwortung und das Gefühl menschlicher Verpflichtung gegenüber seinem Nächsten zu stärken. Ich könnte fast beliebig fortfahren, solche Beispiele aufzuzählen; leider sind sie so zahlreich, daß man sie an einem einzigen Abend gar nicht alle anführen kann. Aber schon das wenige macht deutlich, daß wir auf eine gefährliche Bahn geraten sind.

Gegenüber der Gefahr des Überflutet-Werdens seitens einer kollektivistisch-totalitären Idee hilft uns keine halbe Freiheit; da hilft uns nur der entscheidende Entschluß, dem die ganze Freiheit, aber die rechtverstandene Freiheit, die um Bindung und Verantwortung weiß, entgegenzusetzen. Wenn uns das gelingt, dann sind wir sehr viel stärker als diese Öde, die da vom Osten zu uns herüberdrängen will. Wenn ich sagte, ich hätte als Deutscher eine gewisse Hoffnung, dann gründet sich diese auch darauf, daß sich das deutsche Volk gegenüber totalitären Prinzipien und den kollektivistischen Verlockungen als immun erwiesen hat. Ich spreche als Deutscher. Wenn wir in den Augen der Welt in tragischer Vergangenheit schuldig geworden sind, dann können wir heute doch ein gut Teil von dem wieder gutmachen, indem wir uns wie ein Wall schützend quer vor Europa legen. Das deutsche Volk gibt uns allen in seiner Immunität gegenüber dem Kommunismus noch eine letzte Frist, uns zusammenzufinden in einer höheren Gesittung und zu dieser einen Verpflichtung, die Freiheit der Welt zu retten.

Alles das, was wir im kleinen hier besorgen, und ich möchte meinen, auch die Konjunkturpolitik als ein immerhin wichtiger Bereich unseres gesellschaftlich-wirtschaftlichen Seins gehört dazu, dient zuletzt jener großen Aufgabe. Alles was wir dazu tun können, um unser Volk oder unsere Völker lebenswahr zu erhalten, wach zu machen gegenüber der drohenden Gefahr von außen und aus uns selbst, wird dazu beitragen können, uns zu erlösen. Ich kann nur die Hoffnung aussprechen, und das ist mein Glaube, der meine Arbeit beflügelt: Wenn wir alles das erfassen, was uns aufgegeben ist als eine geschichtliche Mission, und auch das, was uns bedroht, wenn

wir uns vergessen — dann, glaube ich, kann uns die Entscheidung nicht schwerfallen.

Und zum Schluß: Wo sollte ich eigentlich mit solchen Gedanken, mit solchen Appellen, mit solchen Ermahnungen mehr Gehör finden als in der Schweiz. Nicht nur aus der Schillerschen Romantik eines «Wilhelm Tell» ist mir aus früher Jugend etwas lebendig geblieben von der freiheitlichen Gesinnung des Schweizervolkes. Die Zeiten aber, in denen ein kleines Land sein eigenes Schicksal auf die Dauer erleben, erfahren und gestalten kann — ich glaube, ich befürchte — sind vorbei. Wir alle erleiden — nein, ich hoffe —, wir gestalten unser gleiches gemeinsames Schicksal. Daß es ein glückliches sein möge, ist mein Wunsch, ja, ich möchte fast sagen, mein Gebet.

MASSIMO GUIDI

Gedanken zu seinem Tode

VON LINUS BIRCHLER

Ende März verstarb in Lugano im Alter von 70 Jahren Dr. phil. Architekt *Massimiliano* (Massimo) *Guidi*, der einzige streng fachlich ausgebildete Kunstgelehrte und Architekt-Restaurator des Tessins. Sproß einer Luganeser Patrizierfamilie (*Guidi-de Filippis*), in Buenos-Aires geboren, kam er mit seiner Mutter als Halbwaise nach Lugano, wo er das Liceo absolvierte, um dann nach Studien an der Münchner Technischen Hochschule mit dem Diplom eines Ingenieur-Architekten heimzukehren. Seine stets bedrohte Gesundheit erlaubte ihm keine anstrengenden körperlichen Arbeiten. Als Architekt für Baugeschichte besonders interessiert, studierte er deshalb Kunstgeschichte, in Rom bei Venturi und in Wien bei Strzygowski; er doktorierte jedoch an der Universität Zürich, mit einer hernach bei Orell Füssli veröffentlichten Arbeit über die barocken Brunnen in Rom. Über dreißig Jahre lebte Guidi dann in Rom, als freier Gelehrter. Zeitweilig arbeitete er unter Antonio Muñoz auf der Generaldirektion der italienischen Denkmalpflege; bei zahlreichen Restaurierungen wirkte er aktiv mit, so bei der Torre delle Milizie, dem Baptisterium von S. M. in Trastevere, bei S. M. della Vittoria und zahlreichen andern derartigen Arbeiten.